DER “ENTSCHEIDUNGSPLAN”

DER ENTWURF DES ISRAELISCHEN REGIMES

FÜR KOLONIALE EXPANSION UND UNTERWERFUNG DER PALÄSTINENSER

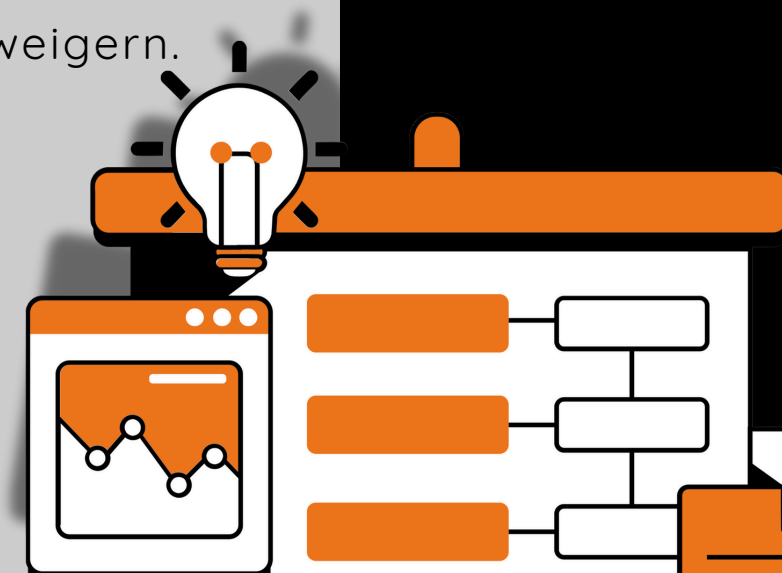
November 2025

Was ist der „Entscheidungsplan“?

Der sogenannte „Entscheidungslan“, der 2017 von Bezalel Smotrich, dem Vorsitzenden der israelischen Religiös-Zionistischen Partei, vorgestellt wurde, ist nicht nur ein politischer Vorschlag, sondern ein institutionalisierter (durch Beweise untermauerter) Entwurf zur Ausweitung der israelischen Kontrolle über das Westjordanland und den Gazastreifen.

Er beschreibt ausdrücklich die Zwangsumsiedlung, Unterwerfung oder Vernichtung der Palästinenser. Der Plan, der nun in der Koalitionsvereinbarung der aktuellen israelischen Regierung verankert ist und von einer Mehrheit der Knesset-Mitglieder unterstützt wird, wird durch die Ausweitung der Siedlungen, israelische Gesetzgebung und Regierungsstrukturen umgesetzt, die die palästinensische Gesellschaft fragmentieren und ihr das Recht auf Selbstbestimmung weiter verweigern.

.



Wo liegen seine Ursprünge?

Die Ideen in diesem Plan sind nicht neu – der Plan ist die Fortsetzung eines historischen, ideologisch motivierten Siedlungsprojekts. Basierend auf dem religiösen Zionismus und revisionistischem Denken setzt er lang gehegte ideologische Ansprüche in eine systematische Politik der kolonialen Herrschaft und Apartheid um.

Diese Ideologie lehnt die Existenz eines palästinensischen Volkes grundsätzlich ab, entmenschlicht die Palästinenser und dämonisiert ihren Widerstand.

Indem er die Selbstbestimmung der Palästinenser als Bedrohung und nicht als Recht darstellt, rechtfertigt der Plan die Verweigerung demokratischer Freiheiten für die Palästinenser als notwendig für die Erhaltung eines „Großisraels" und normalisiert die Begehung internationaler Verbrechen als Mittel zur Durchsetzung der israelischen „Souveränität" und zur Auslöschung der palästinensischen Selbstbestimmung.

Wie wird er umgesetzt?

Von der Doktrin zur Politik: Zwei Phasen der Umsetzung

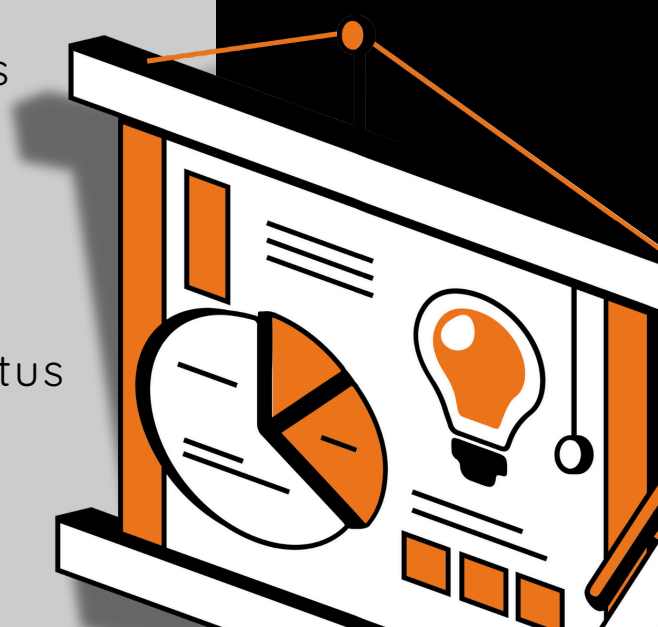
Phase eins

„Sieg durch Besiedlung"

Festigung der israelischen Kontrolle durch Kolonisierung

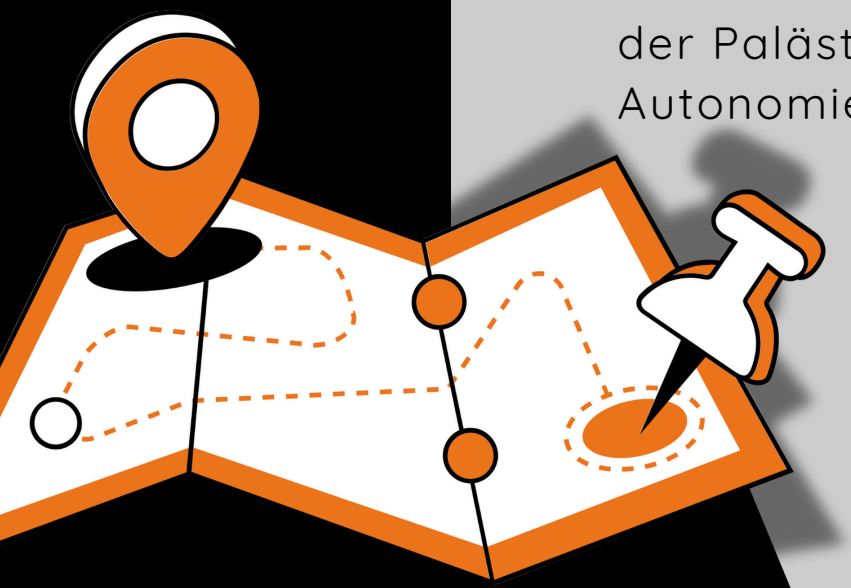
Mechanismen

- Festigung der israelischen Kontrolle durch Kolonisierung Ausweitung der israelischen Kolonialherrschaft durch den Bau von Siedlungen und Landenteignung
- Zersplitterung und Isolierung palästinensischer Gemeinden
- Unterdrückung des palästinensischen Widerstands durch gezielte Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Flüchtlingslager
- Durchsetzung eines neuen Status quo durch die Beseitigung der palästinensischen und internationalen Präsenz



Realität vor Ort

- Systematische Landenteignung und Ausweitung der Kolonien
- Beschränkungen bei Baugenehmigungen für Palästinenser
- Checkpoints, Tore und Sperren zersplittern Gemeinden in isolierte Enklaven
- Groß angelegte Kolonieprojekte (z. B. E1) trennen Jerusalem ab und unterbrechen die territoriale Kontinuität
- Gezielte Angriffe auf Flüchtlingslager und lebenswichtige Dienstleistungen
- Behinderung von UN-Mechanismen und Schwächung der Palästinensischen Autonomiebehörde



Phase Zwei

„Die zwei Optionen und der militärische Sieg“

Nach Abschluss von Phase 1 werden den Palästinensern drei „Optionen“ angeboten: Unterwerfung, Deportation oder Tod

Mechanismen

Demografische und politische Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung durch systematische Verweigerung politischer, bürgerlicher und sozialer Rechte

Ergebnisse

- **Unterwerfung:**Eingeschränkte kommunale Selbstverwaltung, mögliche bedingte Staatsbürgerschaft für „Loyalität“ gegenüber dem israelischen Regime

- **Deportation:** Zwangsweise „Auswanderung“ zur Aufrechterhaltung der jüdischen Mehrheit

- **Vernichtung:** Gezielte und vorsätzliche Tötung von Palästinensern, die die Loyalitätskriterien nicht erfüllen

Durch die Verankerung dieser Strategien in der staatlichen Politik legitimiert das israelische Regime Kolonialisierung, ethnische Säuberungen und strukturelle Unterdrückung.

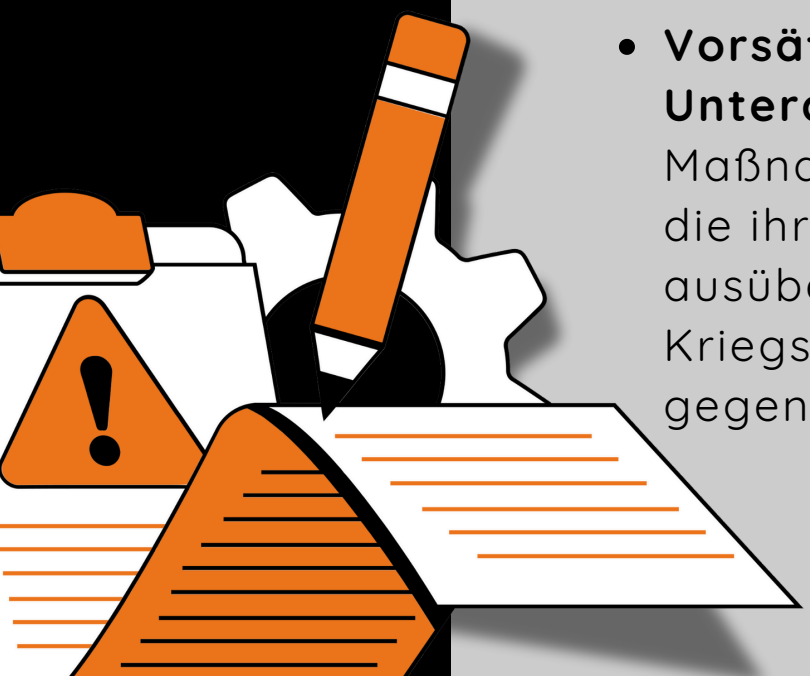
Inwiefern verstößt der Plan gegen internationales Recht?

- **Verbot von Apartheid und Rassendiskriminierung:** Systematische Verweigerung politischer, bürgerlicher und sozialer Rechte (Römisches Statut, ICERD).

- **Verbot von Zwangsumsiedlung:** Erzwungene „Auswanderung" ist ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Vierte Genfer Konvention, Römisches Statut).

- **Recht auf Selbstbestimmung:** Die Verweigerung der nationalen und bürgerlichen Rechte der Palästinenser verstößt gegen die Normen des Jus cogens.

- **Vorsätzliche Tötung und Unterdrückung des Widerstands:** Maßnahmen gegen Palästinenser, die ihr Recht auf Widerstand ausüben, kommen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich.



Warum ist es so dringend?

Der „Entscheidungsplan" stellt einen entscheidenden Wendepunkt im Kolonialprojekt des israelischen Regimes dar.Was einst durch schrittweise, oft verdeckte Maßnahmen verfolgt wurde, wird nun offen als umfassender Rahmen für die Herrschaft formuliert.

Durch seine Aufnahme in die Koalitionsvereinbarung und seine fortlaufende Umsetzung wird die Apartheid von einer impliziten Doktrin zu einer expliziten Realität der Durchsetzung der israelischen „Souveränität".

Die Dringlichkeit liegt darin, zu erkennen, dass der „ Entscheidungsplan" keine zukünftige Bedrohung ist, sondern eine gegenwärtige Realität, die alle Ebenen des palästinensischen Lebens und der palästinensischen Regierungsführung neu gestaltet. Daher müssen Staaten, Rechtsinstitutionen und die Zivilgesellschaft ihm mit unmittelbarer und koordinierter Dringlichkeit entgegentreten.

Was können Sie tun?

Staaten sind verpflichtet:

- alle Formen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung zu beenden, die das israelische Kolonial-Apartheid-Regime aufrechterhalten.
- internationale und nationale Mechanismen zur Rechenschaftspflicht zu aktivieren, einschließlich der Resolution „Uniting for Peace“ für kollektive Sanktionen und Mechanismen zur Überwachung ihrer Einhaltung durch die Staaten.
- umfassende diplomatische, wirtschaftliche, akademische, kulturelle und sportliche Sanktionen zu verhängen.
- die Selbstbestimmung der Palästinenser durch materielle, diplomatische und politische Mittel zu unterstützen
- die fortgesetzte und ungehinderte Arbeit der UNRWA durch die Wiederherstellung des von den Vereinten Nationen geführten Systems sicherzustellen; das Mandat der UNRWA zu erneuern, ihre Operationen vollständig zu finanzieren, ihre Mitarbeiter zu schützen und ihre Kernprogramme aufrechtzuerhalten

UN-Agenturen und internationale Organisationen müssen:

- humanitären Zugang und Schutz für alle Palästinenser garantieren
- internationale Mechanismen zur Durchsetzung der Rechenschaftspflicht nutzen
- Die führende Rolle der UNRWA verteidigen, deren Verbot oder Ersetzung ablehnen und ihr Mandat aufrecht erhalten.

Die internationale Zivilgesellschaft und Solidaritätsbewegungen müssen:

- Die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Rückkehr in den Mittelpunkt stellen – nicht von außen auferlegte politische Lösungen.
- Weiterhin Kampagnen mobilisieren und koordinieren, die sich gegen mitschuldige Staaten und Unternehmen richten.
- Netzwerke der Straflosigkeit aufdecken und bekämpfen.
- Die Stimmen und Narrative der Palästinenser im Kampf für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung verstärken.
- Öffentlichen Druck mobilisieren, um Staaten und Institutionen für ihre rechtlichen und moralischen Verpflichtungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Das Versäumnis, das Wesen des „ Entscheidungsplans” zu verstehen und ihm entgegenzutreten, bedeutet eine Normalisierung internationaler Verbrechen und der Komplizenschaft von Staaten mit dem israelischen Kolonial-Apartheid-Regime

Die Gewährleistung der Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Rückkehr und internationalen Schutz ist eine rechtliche und moralische Verpflichtung.